

RICHARD HEIGL

Wolfgang Abendroths Parteitheorie

Richard Heigl – Jg. 1971, Historiker und freiberuflicher IT-Trainer, Dissertation »Oppositionspolitik. Wolfgang Abendroth und die Entstehung der Neuen Linken« an der Universität Augsburg, ehem. RLS-Stipendiat, Mitarbeiter der Zeitschrift *Das Argument* und Mitglied der Werkstatt des HKWM, Maintainer der Internetseite www.kritische-geschichte.de

1 Vgl. Michael Brie 2006: Die Linke – was kann sie wollen? Politik unter den Bedingungen des Finanzmarkt-Kapitalismus (=Materialien der Zukunftskommission), Internet: http://www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls_uploads/pdfs/die_linke.pdf (Stand: 25. 3. 2006)

2 Wolfgang Abendroth: Die Chancen der deutschen Sozialdemokratie nach dem 15. September 1957, in: Ders.: *Antagonistische Gesellschaft und politische Demokratie. Aufsätze zur politischen Soziologie*, 2. Aufl., Neuwied/Berlin 1972, S. 67-81; ders.: *Ein-hundert Jahre Sozialdemokratie*, in: *Die Aktualität der Arbeiterbewegung. Beiträge zu ihrer Theorie und Geschichte*, hg. v. Joachim Perels, Frankfurt/Main 1985, S. 13-45.

»Die Linke befindet sich am Anfang einer Verständigung über die Haupttendenzen und -kräfte der gegenwärtigen Epoche und mögliche Alternativen«, so Michael Brie.¹ Für die Bestimmung der politischen Formen demokratischer Opposition behält die Analyse der eigenen Geschichte eine herausragende Bedeutung, und die Epochenwende von 1968 ist in diesem Zusammenhang von besonderem Interesse: Bereits 1968 gab es ein gescheitertes Projekt einer linkssozialistischen Parteigründung; Neue Linke und außerparlamentarische Opposition diskutierten leidenschaftlich die Organisationsfrage und die Funktion des Parlamentarismus.

Der Jurist und Politologe Wolfgang Abendroth (1906-1985) gilt als der Gründervater der linkssozialistischen Neuen Linken und wurde in den 1950er und 1960er Jahren zu einer Leit- und Integrationsfigur der außerparlamentarischen Opposition. Als führender Repräsentant eines »radikaldemokratischen« Marxismus des Atomzeitalters, entwickelte er unter anderem in der Auseinandersetzung um das Godesberger Parteiprogramm der SPD und im Zuge der 1968er Revolte eine linkssozialistische Parteitheorie. Letztere verspricht für die gegenwärtigen Diskussionen zwischen WASG, Linkspartei.PDS und außerparlamentarischen Akteuren wertvolle Orientierungshilfen. Es bleibt zu erwähnen, dass Wolfgang Abendroth am 2. Mai 100 Jahre alt geworden wäre.

ALTERNATIVEN ZU GODESBERG

Abendroths Parteitheorie, die er in seinen Beiträgen zu den jeweiligen Bundestagswahlen und zur Programmdiskussion der SPD formulierte, lassen sich in vier Punkten zusammenfassen.²

Zielgruppe: Abhängig Beschäftigte, Arbeiter- und Mittelklassen

Grundsätzlich insistierte er gegenüber dem sozialpartnerschaftlichen Flügel der SPD darauf, dass die Sozialdemokratie nur die Partei der unterdrückten Klassen und vor allem der abhängig Beschäftigten sein kann. Dass Abendroth weiterhin ganz gegen die Selbstsicht des westdeutschen Wirtschaftswunderlands die Arbeiterbewegung als soziale Basis der SPD betrachtete, folgte dabei einer nüchternen Gesellschaftsanalyse. Abendroth konnte zeigen, dass der Modernisierungsschub der 1950er Jahre die antagonistische Klassenstruktur der westdeutschen Gesellschaft keineswegs beseitigt hatte. Die Angleichung von Konsumgewohnheiten und reale soziale Verbesserungen für einen Teil der westdeutschen Beschäftigten leugnete er nicht.

Aber objektive soziale Interessengegensätze waren für Abendroth keineswegs allein eine Frage des Konsumanteils, »sondern vor allem der Verfügungsgewalt über die Kommandohöhen der Gesellschaft.«³ Abendroth verwies darauf, dass im Jahr 1956 der Anteil der abhängig Beschäftigten auf 75,4 % gestiegen war.⁴ Zeitgenössische soziologische Studien, wie die Arbeit »The Power Elite« des Soziologen C. Wright Mills, wiesen zudem nach, dass auch die Zentralisierung der ökonomischen Verfügungsgewalt in den 1950er Jahren fortschritt.⁵ Damit hatte für Abendroth die in der SPD weit verbreitete Theorie Helmut Schelskys, die hoch-industrielle Massengesellschaft sei unter Aufrechterhaltung der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse dennoch eine »klassenlose Mittelstandsgesellschaft« geworden, keine Substanz; eine Klassengesellschaft konnte für den Marxisten Abendroth grundsätzlich nicht innerhalb einer bürgerlich-kapitalistischen Ordnung beseitigt werden.

Daraus zog er nun strategische Konsequenzen: Verzichtete die SPD auf die politische Mobilisierung der abhängig Beschäftigten, verlor sie »realsoziologisch« das größte Wählerpotenzial. Die Menschen waren in ihrer Gemeinsamkeit als abhängig Beschäftigte anzusprechen. Ausgehend von der Arbeiterbewegung waren für ihn die bündnisfähigen Mittelschichten – die von C. Wright Mills als »White Collar Workers« beschriebenen Angestelltenschichten und das Kleinbürgertum – auf Dauer nicht dadurch zu gewinnen, wenn sozialistische Grundsätze aufgegeben wurden: »Nur wenn sie (die Sozialdemokratie – R. H.) immer wieder durch ihr praktisches Handeln die Erfahrung neu entstehen lässt, dass die Gesamtinteressen der Sozialschicht der Arbeitnehmer mit den Interessen der Gesamtgesellschaft an ihrer friedlichen Fortentwicklung zusammenfallen, aber im Gegensatz zu den Sonderinteressen der gegenwärtigen Träger der ökonomischen Macht [...], kann sie auf die so genannten Mittelschichten erfolgreich wirken.«⁶

Abendroth versuchte die Sozialdemokratie davon zu überzeugen, dass die Bereitschaft der Mittelschichten, mit der Arbeiterbewegung ein gesellschaftliches Bündnis einzugehen, letztlich von ihrer Entscheidung, Stärke, Überzeugungskraft und Verlässlichkeit abhing.

Aufgabe: Demokratische Überwindung des Kapitalismus

Als Organ der Arbeiterbewegung konnte die Sozialdemokratie ihre spezifischen politischen und historischen Aufgaben nur erfüllen, wenn sie an einer sozialistischen Zielsetzung festhielt. Sozialismus ist für Abendroth nichts anderes als die allseitige Verwirklichung des Gedankens der Demokratie, indem dieser Gedanke aus einem System politischer Spielregeln zum inhaltlichen Prinzip der gesamten Gesellschaft zur »sozialen Demokratie« erweitert wird.⁷ Den Begriff der sozialen Demokratie übernahm Abendroth ganz offensichtlich vom Austromarxismus. Hier bezeichnete Max Adler soziale Demokratie als eine, die erst in einer klassenlosen Gesellschaft möglich sei, und die im Unterschied zur bürgerlichen Demokratie durch ihre Klassenlosigkeit das Ziel der Demokratie verwirklichen könne.⁸ Ihr eigentlicher Sinn blieb für Max Adler die solidarische Vergesellschaftung.

Die Sozialdemokratie, so Abendroth 1956, sei ihrem Wesen und ihrer Tradition nach dazu berufen, die formale Demokratie in eine

3 Wolfgang Abendroth: Die Chancen der deutschen Sozialdemokratie, a. a. O., S. 71.

4 Ebenda, S. 69 f.

5 Vgl. Wolfgang Abendroth: Ist der Marxismus überholt?, in: Ders.: Antagonistische Gesellschaft und politische Demokratie, a. a. O., S. 347-363.

6 Wolfgang Abendroth: Die Chancen der deutschen Sozialdemokratie, a. a. O., S. 81.

7 Wolfgang Abendroth: Demokratie als Institution und Aufgabe, in: Ders.: Arbeiterklasse, Staat und Verfassung. Materialien zur Verfassungsgeschichte und Verfassungstheorie der Bundesrepublik, hg. v. Joachim Perels, Frankfurt/Main 1975, S. 32.

8 Vgl. Max Adler: Politische oder soziale Demokratie?, in: Michael Franzke, Uwe Remppe (Hg.): Linkssozialismus. Texte zur Theorie und Praxis zwischen Stalinismus und Sozialreformismus, Leipzig 1998, S. 49-64.

9 Wolfgang Abendroth: Warum Parteiprogramm?, in: Die Neue Gesellschaft, 4/1956, S. 287.

10 Ebenda, S. 283.

11 Vgl. ebenda, S. 283.

12 Vgl. ebenda, S. 283.

13 Vgl. Wolfgang Abendroth 1972b: Der ausgebliebene Sieg – Die Bundestagswahlen 1961. Analyse des sozialdemokratischen Wahlkampfes, in: Ders.: Antagonistische Gesellschaft und politische Demokratie, a. a. O., S. 82.

14 Wolfgang Abendroth 1956, S. 284.

15 Ebenda, S. 286.

16 Vgl. Wolfgang Abendroth: Die Chancen der deutschen Sozialdemokratie, a. a. O., S. 81.

17 Walter Schmidt: Über Entwicklung und Inhalt des Parteibegriffs von Marx und Engels. Kritisches und Selbstkritisches zu seiner Interpretation, in: Carl Erich Vollgraf, Richard Sperl, Rolf Hecker (Hg.): Quellen und Grenzen von Marx' Wissenschaftsverständnis (=Beiträge zur Marx-Engels-Forschung: N. F. 1994), Hamburg 1994, S. 123.

soziale umzugestalten und den Übergang von der bürgerlichen Gesellschaft in ihrer spätkapitalistischen Phase zur sozialistischen Gesellschaft möglich zu machen.⁹ Denn »[...] eine politische Partei, die auf dem Boden der bestehenden Gesellschaftsordnung steht, die bestehende wirtschaftliche Machtverhältnisse grundsätzlich akzeptiert und die politische Ordnung, die sich in der Verfassung ihres Staates niedergeschlagen hat, in ihren Grundzügen anerkennt, bedarf keines Parteiprogramms«.¹⁰

In einem Diskussionsbeitrag in der sozialdemokratischen Theoriezeitschrift Die Neue Gesellschaft warnte daher Abendroth die SPD 1956 vor einer Entwicklung zu einer »Plattformpartei«, die das bestehende System nicht verändern möchte und sich nur darauf beschränkt, innerhalb dieses bestehenden Systems von Fall zu Fall Modifikationen durchzuführen, die ihr opportun erscheinen.¹¹ Sehr deutlich übte Abendroth dabei Kritik an Parteigegebenen, in denen ein »Konglomerat aus Berufspolitikern« und Parteibürokratie tonangebend ist und deren Wahlplattform in Wirklichkeit lediglich vom Willen zur Beteiligung an der politischen Macht zusammengehalten wird.¹² Im Jahr 1961 charakterisierte Abendroth diesen Prozess als Entwicklung von einer Oppositionspartei, die systemoppositionell ist, zur Konkurrenzpartei, in der nur Personen ausgetauscht würden.¹³ Eine sozialistische Partei müsse eine über die Tagesprobleme hinausweisende, erkennbare Alternative bieten, sonst stehe die demokratische Ordnung selbst auf dem Spiel: »Verhalten sich die großen politischen Parteien eines Landes längere Zeit hindurch in dieser Weise, so wird der demokratische Gehalt des politischen Systems seinem Zweck entfremdet, dem Volk wirkliche Teilhabe an der politischen Gestaltung des politischen Lebens zu gewährleisten. Unvermeidlich wird dann gleichzeitig das Volk der demokratischen Verfassung entfremdet und in der nächsten sozialen Krise das potentielle Opfer totalitärer Gruppen, die ihm glaubhaft machen können, dass die formale Demokratie es inhaltlich von der politischen Mitgestaltung ausgeschlossen hat.«¹⁴

Allerdings würden bürokratische und technokratische Tendenzen, die immer dazu neigen, »im Schein der äußeren Faktizität zu verbleiben, weil sie sich in diesen Fakten täglich zu bewegen haben«, immer wieder auftreten.¹⁵

Charakter: Lern- und Planungsorganisation

Ein zentraler Aspekt der Abendrothschen Auffassung von sozialistischen Parteien ist, dass er sie als langfristig operierende Lern- und Planungsorganisationen begreift. Die Arbeiterparteien müssten »Meinungsbildungszentrum und Führungsstab der Arbeitnehmer in ihrem politisch-sozialen Gegensatz zum Finanzkapital« sein.¹⁶ Diese Reihenfolge von Meinungsbildungszentrum und Führungsstab ist für Abendroth keineswegs beliebig. Walter Schmidt fasst den Grundgedanken, für den auch Abendroth steht, treffend zusammen: »Wenn Einfluß auf die sich entwickelnde Arbeiterbewegung genommen werden soll, dann war (im Verständnis von Marx und Engels – R. H.) [...] immer von den eigenen Lern- und Organisationsprozessen der Arbeiter auszugehen, waren diese zu fördern und voranzubringen, jeder Gängelung und Bevormundung aber entschlossen zu begegnen.«¹⁷

Abendroths radikal-demokratischer Bildungsansatz, der mit den Konzepten Paulo Freires, Antonio Gramscis und Rosa Luxemburgs verwandt ist, weiß, dass Aufklärung nicht von oben oder durch Agitation allein erfolgen kann, sondern immer nur durch eigene praktische Erfahrungen – durch Mobilisierung der Selbstentfaltungs- und Selbstbefreiungspotenziale der Akteure.¹⁸ Der selbstständige Kampf unterdrückter Klassen ist für Abendroth das wichtigste Mittel politischer Bildung.¹⁹ Eine sozialistische Partei dient in diesem Verständnis der allseitigen Demokratisierung der Gesellschaft und geht gleichzeitig aus diesen Bestrebungen hervor. Die damit einhergehenden gesellschaftlichen Auseinandersetzungen sind immer auch kollektive Lernprozesse, durch die jene Fähigkeiten und Erfahrungen hervorgebracht werden können, die eine andere Gesellschaft überhaupt erst ermöglichen. Organisationen wie Gewerkschaften oder Parteien sollten daher aus der Sicht Abendroths gemeinsame Diskussionsräume für sozialistische Politik schaffen, um Menschen immer wieder systematisch und selbstreflexiv in politische Prozesse demokratisch zu integrieren.

Das ist eine langfristige, historische Aufgabe: Parteien und Gewerkschaften werden so Teil einer historischen Emanzipations- und Aufklärungsbewegung, in der sich die unterdrückten Klassen die Welt aneignen und ihre politischen und sozialen Teilhaberechte einfordern. Die Hauptaufgabe der Sozialdemokratie sei daher die demokratische Mobilisierung der abhängigen Arbeiterschaft. Das Bewusstsein oppositioneller Unterklassen könne sich nur »durch die demokratische Erfahrung eigener Aktivität unten, gegen die ständige Überdachung der Gesellschaft im Ganzen, also das Bewusstsein der herrschenden Klassen, konstituieren.«²⁰

Mit dieser historischen Aufklärungsfunktion, sich selbst und anderen gegenüber, bleiben nun aber sozialistischen Parteien Formen der manipulativen Öffentlichkeitsarbeit verwehrt.²¹ In aller Schärfe kritisierte Abendroth die Wahlkampfstrategien der SPD, die sich den konservativen und liberalen Parteien anpassten, indem sie diese durch Marketing und Persönlichkeitswahlen zu übertreffen suchten. Die Bundestagswahlen würden zu »Personalplebisziten«, die Parteien zu »personal-plebiszitären Propaganda-Maschinen«.²² Zwar betonte Abendroth verschiedentlich die Bedeutung von »Volkstribunen« wie Ferdinand Lassalle, August Bebel oder Kurt Schumacher für die Vermittlung politischer Inhalte, entpolitisierte Personenwahlkämpfe, wie die des populären Bürgermeisters von Berlin, Willy Brandt, von 1961 lehnte er hingegen ab. Die Wahl von Persönlichkeiten sei noch kein Programm. Scharf ging er 1967 mit der kritiklosen Übernahme der Methoden der Werbewirtschaft ins Gericht: »Die sozialdemokratischen Parteien sind zu Institutionen abgesunken, die ebenfalls manipulativ über die breiten Massen verfügen wollen und das Stimmenpotential der breiten Massen politisch verwalten. Auch sie versuchen, wie die Konsumgüterindustrie, an das möglichst niedrige geistige Niveau zu appellieren, es dadurch zu stabilisieren, im eigenen Manipulationsinteresse.«²³ Es ist typisch für Abendroth, dass er dazu immer die ideologiekritische Erklärung mitliefert. Die Ursache für diese Vorgehensweise sah Abendroth vor allem in der Durchsetzung der Konsumgesellschaft und ihrer Werbewirtschaft selbst.

18 Vgl. Wolfgang Abendroth: Die Rolle von Willi Bleicher in der Gewerkschaftsbewegung, in: Ders.: Die Aktualität der Arbeiterbewegung, a. a. O., S. 139.

19 Wolfgang Abendroth: Der Entwurf eines Grundsatzzprogramms der SPD, in: Fritz Lamm: Sozialistische Linke nach dem Krieg. Auswahl aus der Zeitschrift »funken«, Offenbach 1978, S. 135.

20 Vgl. Wolfgang Abendroth 1969 in einer Vorlesung: Internationales Institut für Sozialgeschichte, Amsterdam (=IISG), Nachlass Abendroth, Nr. 393, Vorlesung Sommersemester 1969: Die Außerparlamentarische Opposition (APO) und ihre Bündnispolitik, Protokoll von Kolloquium und Vorlesung (6. Mai bis 20. Juni 1969).

21 Vgl. Wolfgang Abendroth: Die Chancen der deutschen Sozialdemokratie, a. a. O., S. 71.

22 Wolfgang Abendroth: Das Grundgesetz. Eine Einführung in seine politischen Probleme, Pfullingen 1966, S. 99.

23 Theo Pinkus (Hg.): Gespräche mit Georg Lukács. Hans Heinz Holz, Leo Kofler, Wolfgang Abendroth, Hamburg 1967, S. 67.

24 Ebenda.

Diese Entwicklung sozialdemokratischer Parteien ergebe sich nicht aus einem »bewusstem und unmittelbarem Verrat der Führung«, sondern ganz einfach aus dieser Situation.²⁴

Selbstverständnis: Demokratische Massenintegrationspartei

Sozialistische Parteien sind für Abendroth Orte demokratischer Integration. Insofern vertrat er das Ziel einer Massenintegrationspartei. Für linke Sozialisten und »rechte« Kommunisten wie Abendroth blieb grundsätzlich die Überwindung der Spaltung der Arbeiterbewegung als Schutz gegen totalitäre Bewegungen ein zentrales politisches Ziel. Der Anti-Stalinist Abendroth hatte dabei alles andere als zentralistische Parteiformen vor Augen. Die Stärke einer Partei maß sich bei ihm an ihrem demokratischen Gehalt. Erst die freie Vereinigung und Kooperation war aus ihrer marxistischen Sicht als gesellschaftlicher Fortschritt zu bezeichnen.

Die Größe einer Partei blieb jedoch für Abendroth immer auch eine gesellschaftliche Machtfrage. Zwar veränderten schon kleine Organisationen die sozialen Verhältnisse, doch ihre historische Funktion können Parteien für Abendroth eigentlich erst als integrierende Massenparteien wahrnehmen.²⁵ Nur durch ihre Größe würden Parteien zu wirklichen Gegengewichten, die Zugeständnisse erzwingen konnten. Nun war es für Abendroth nicht auszuschließen, dass zwischenzeitlich die Notwendigkeit einer Konkurrenzpartei entstehen konnte, die Druck erzeugen musste, um die linken Flügel in den existierenden Massenparteien zu stärken, letztlich betrachtete er sie aber nur als Übergangsorganisationen. Denn schließlich sollten in den sozialistischen Parteien die vereinzelt Diskussionen zusammengeführt werden; auch damit Debatten nicht mehr ausgewichen wurde. Verstanden als Bewusstsein bildende Lernorte, in denen die Analyse der gesellschaftlichen Veränderungen zur Grundlage politischen Handelns wird, ist daher innerparteiliche Demokratie in den sozialistischen Parteien kein Selbstzweck: »Nur durch ständige innere Parteidiskussion, die öffentlich geführt wird, kann sie den auf antidemokratischen Führerglauben fixierten deutschen Wählermassen das Beispiel lebendiger Demokratie und gesunden und kritischen Selbstbewusstseins bieten.«²⁶

Die heute so viel beschworene Geschlossenheit einer Partei war daher für Abendroth kein Zeichen von Stärke. Ganz im Gegenteil: In der ständigen Erhaltung freier demokratischer Auseinandersetzung sah er die Bedingung ihrer Funktionsfähigkeit.²⁷ Mit Verweis auf zeitgenössische und historische Beispiele wie die Situation der damaligen Labour Party konnte er auch belegen, dass innerparteiliche Demokratie die Schlagkraft einer Partei keineswegs lähmte.²⁸

Parteiinterne Demokratie hieß in den 1950er Jahren nicht zuletzt die Möglichkeit marxistischer Diskussion.²⁹ Der Verzicht auf die marxistische politisch-theoretische Durchdringung hieß für Abendroth, dass die sozialistische Bewegung ihre politische Theorie verlor und somit auf ein Objekt des geschichtlichen Prozesses reduziert wurde – der nur die »Anbetung der Fakten des jeweiligen Tages« bleibe.³⁰ Für Abendroth konnte es nicht um eine Wiedererweckung einer »marxistischen« Integrationsideologie gehen, vielmehr sah er die Notwendigkeit eines Neubeginns.³¹ Dieser Neubeginn der De-

25 Vgl. Wolfgang Abendroth: Sozialgeschichte der europäischen Arbeiterbewegung, Frankfurt/Main 1965, S. 52 f.

26 Wolfgang Abendroth: Die Chancen der deutschen Sozialdemokratie, a. a. O., S. 81.

27 Vgl. Wolfgang Abendroth: Warum Parteiprogramm?, a. a. O., S. 290.

28 Vgl. Wolfgang Abendroth: Sozialgeschichte der europäischen Arbeiterbewegung, a. a. O., S. 163.

29 Vgl. Wolfgang Abendroth: Einhundert Jahre Sozialdemokratie, a. a. O., S. 30.

30 Vgl. Wolfgang Abendroth: Das Problem der Beziehungen zwischen politischer Theorie und politischer Praxis in Geschichte und Gegenwart der deutschen Arbeiterbewegung, in: Ders.: Antagonistische Gesellschaft und politische Demokratie, a. a. O., S. 385.

31 Vgl. ebenda, S. 389.

batte wurde in den 1960er Jahren vor allem durch die Neue Linke vorangetrieben, die auf den Theorien der Linksozialisten der 1950er Jahre aufbauen konnte. Dabei mussten nach dem Ausschluss der Neuen Linken aus der SPD und dem Aufschwung der Ein-Punkt-Bewegungen Möglichkeiten und Perspektiven außerparlamentarischer Opposition neu bestimmt werden. Gefragt waren politische Ausdrucksformen für Konflikte, die nicht mehr entlang des Widerspruchs zwischen Kapital und Arbeit verliefen. Und: Marxistisches Denken war von nun an nicht mehr auf eine Partei bezogen.

SOZIALISTISCHES ZENTRUM: EIN BRAIN TRUST?

Die historische Aufarbeitung der Epochenwende von 1968 weist Abendroth häufig als Parteimarxisten aus. Ein Bild, das zumindest undifferenziert ist, denn Abendroth fragte immer zuerst nach den konkreten Bedingungen sozialistischer Politik. Dabei konnten Parteien eine Rolle spielen. Als 1967/1968 – nach dem Zusammengehen der Großen Koalition Ende 1966 und dem Einzug der NPD in einzelne Landesparlamente – innerhalb der Neuen Linken die Gründung einer linksozialistischen Partei erwogen wurde, wirkte Abendroth sogar bremsend. Er sah zwar die Notwendigkeit eines lockeren Wahlbündnisses, aber keine soziale Basis für eine linksozialistische Partei. Und Abendroth antwortete auf eine Frage von Georg Lukács 1967, ob »organisiert« nicht unbedingt etwas Parteimäßiges sei: »Nicht unbedingt, wir haben die konkreten Formen bis jetzt zwar noch nicht gefunden, die konkreten Formen sind zunächst, wenn Sie so wollen, noch immer normale ideologische Formen der permanenten Diskussion.«³² Die spezifischen Formen ergäben sich dabei aus den nationalen Gegebenheiten.³³

Die linksozialistische Neue Linke diskutierte in diesen Jahren die Gründung eines Sozialistischen Zentrums, das keine Partei sein sollte, aber versuchte, die Voraussetzungen für eine solche zu schaffen.³⁴ In der Diskussion setzte er sich jedoch stark dafür ein, mit dem Sozialistischen Zentrum erst einmal einen sozialistischen Brain Trust in der Bundesrepublik zu entwickeln, der zugleich Koordinationsstelle für politische Aktionen sein sollte. Er forderte einen Ort, an dem die lokalen und überregionalen Diskussionen der sozialistischen Linken – in diesem Fall ohne die linksbürgerlichen – zusammengeführt werden. Mit Übertragung seiner Parteitheorie entwarf er nun das Konzept eines sozialistischen Brain Trusts; Überlegungen, in denen er auch auf die spontaneistischen Transformationsstrategien der antiautoritären Neuen Linken einging.³⁵

Der spontaneistischen Strategie der antiautoritären Revolte stand er auf Grund ihrer kurzfristigen Perspektive skeptisch gegenüber: »Dauerhaftes politisches Klassenbewußtsein von Unterklassen kann niemals lediglich spontan entstehen, und es ist niemals nur spontan entstanden. Proletarisches Klassenbewußtsein bedarf der Formulierung durch kritische intellektuelle Arbeit, der Organisierung durch ein ZENTRUM und der Vermittlung zu wachsenden Minoritäten der eigenen Klasse durch politische Aktionen, in denen diese Klasse lernt, aus den Erfahrungen eigener politischer und sozialer Kämpfe sich ihrer Interessen bewußt zu werden und ihre geistige Unterwerfung unter die Ideologie der herrschenden Klasse zu überwinden.«³⁶

32 Theo Pinkus (Hg.): Gespräche mit Georg Lukács, a. a. O., S. 76.

33 Vgl. ebenda, S. 77.

34 Vgl. Wolfram Burkhardt: Das politische und wissenschaftliche Wirken Wolfgang Abendroths von 1966 bis 1972, Diplomarbeit, Marburg 1993, S. 124.

35 Vgl. Wolfgang Abendroth: Zu den Problemen des Sozialistischen Zentrums und sozialistischer Strategie in der Bundesrepublik, in: Informationen der Sozialistischen Opposition, Extra 3/1967, S. 3-14.

36 Ebenda, S. 5.

Das hieß, Abendroth lehnte keineswegs Spontaneität als politisches Moment ab. Allerdings konnte die Studentenbewegung aus seiner Sicht ihre Ziele nur erreichen, wenn die Impulse der immer wieder auftretenden Protest-Bewegungen in systematisches, langfristiges Handeln umgewandelt würden.

So gesehen, sollte nun das Sozialistische Zentrum einerseits die vorhandenen Ein-Punkt-Bewegungen stärken und andererseits den gewerkschaftlichen Kampf um Verteidigung und Erweiterung der Lebensbedingungen der arbeitenden Menschen unterstützen, indem dort Strategien formuliert und Aktionen organisiert würden. Ohne die Hilfe eines solchen Zentrums konnte für Abendroth die Politik der Ein-Punkt-Bewegungen nur reaktiv bleiben. Auf sich gestellt, konnten die Ein-Punkt-Bewegungen die Verschleuderung des Sozialproduktes und den Prozess der Entdemokratisierung des politischen Herrschaftssystems nicht ernstlich behindern oder gar dauerhaft aufhalten.³⁷ Auch zu den Gewerkschaften und deren Institutionen sah er im Zentrum eine notwendige Ergänzung, da in der gegenwärtigen Periode auch die Führungen der Gewerkschaften auf die politische Hilfe eines solchen Zentrums stärker noch angewiesen seien als in der Zeit vor der Rezession. Mit Parallelen zur Hegemonietheorie Gramscis formulierte Abendroth 1967: »Der Kampf um Arbeitsbedingungen, Lebenshaltung und soziale Sicherheit der arbeitenden Menschen wird in immer stärkerem Maße politisch geführt. Die unmittelbaren Tarifauseinandersetzungen zwischen Gewerkschaften und Unternehmern treten demgegenüber in ihrer Bedeutung zurück. Sie sind ferner zunehmendem Druck der Staatsmacht – z. B. durch die ›konzertierte Aktion‹ – und dem der manipulierten ›öffentlichen Meinung‹ ausgesetzt; auch die liberalen Zeitungen und Zeitschriften verstehen keinen Spaß, wenn es um die Geldbeutel ihrer Inserenten geht. Die Gewerkschaftsführungen sind einfach überfordert, wenn man von ihnen verlangt, allein aufgrund der Erfahrungen ihrer eigenen gewerkschaftlichen Arbeit ein alternatives Konzept zur Politik des Klassengegners zu entwickeln.«³⁸

37 Vgl. ebenda, S. 5.

38 Ebenda, S. 6.

Organisation und »Planung« betrachtete er als Voraussetzung für die Wiedergewinnung der Initiative – Planen-Können verstand Abendroth als Bedingung menschlicher Freiheit.

Eine möglichst plurale Linke als Träger des Sozialistischen Zentrums war für Abendroth schon deshalb notwendig, da man auf Erfahrungen aus den unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen, vor allem der Arbeitnehmer angewiesen sei. Es bedürfe auch der Vermittlung der neuen Erfahrungen der jungen Generation, besonders ihrer aktiven Teile in der Ostermarschbewegung, der Studenten und Schülerschaft mit den Erfahrungen aus früheren Perioden der Kämpfe der Arbeiterbewegung. Deshalb könne bei der Vorbereitung der Konstituierung eines wirksamen Sozialistischen Zentrums auf keine Gruppierung verzichtet werden, die bereit ist, seine Ziele anzuerkennen.

Das Ergebnis musste für Abendroth nicht zwingend in eine Konkurrenzpartei münden: Würde ein wirksames Sozialistisches Zentrum außerhalb der SPD alle Kräfte der sozialistischen Linken vereinen und sich öffentlich Gehör verschaffen, hielt es Abendroth für denkbar, die Politik der SPD – durch Bündnisse mit linken Gruppie-

»Die Politisierung der Arbeitermassen wurde dabei als Bildungsaufgabe verstanden; die Erweckung des Bildungswillens der Unter-
klassen in einer Klassengesellschaft, die ihr Bildungsmöglichkeiten und zur Bildung erforderliche Freizeit vorenthielt, erschien geradezu als *conditio sine qua non* auch des politischen Kampfes um die Macht und der sozialen Emanzipation.«
Wolfgang Abendroth:
Einhundert Jahre Sozialdemokratie, a. a. O., S. 23.

rungen in der SPD – in ähnlicher Weise zu verändern, wie sich in Frankreich die SFIO unter dem Druck der PSU und PCF in den letzten Jahren gewandelt habe.³⁹ Durch die kontinuierliche Anleitung zur Aktion und Diskussion würde das Sozialistische Zentrum, soweit es Erfolg hat und qualitativ und quantitativ wachsende Kader zusammenschließen kann, zur »Partei« werden: »Denn politische Partei im Sinne der sozialistischen Tradition ist nicht ein Wahlverein oder eine mehr oder weniger zufällige Wahlkombination, sondern eine Gruppierung, die politisches Selbstbewußtsein in den unterdrückten Klassen entwickeln, in Aktionen geltend machen und dadurch erweitern kann. Die Teilnahme an Wahlkämpfen und die Tätigkeit in Parlamenten (wie die Verteidigung der Rechte des Parlaments gegen die Exekutive) ist nur ein Mittel der Arbeit einer sozialistischen Partei, nicht aber ihre Hauptaufgabe.«⁴⁰

Ob ein Sozialistisches Zentrum Partei wird oder ist, das war für ihn ein Problem der Praxis, nicht des Namens und der abstrakten Debatte. Und so wird deutlich, dass Abendroth außerparlamentarische Bewegungen keineswegs auf Vorfeldorganisationen sozialistischer Parteien reduzierte. Er betrachtete die Aufklärungsbewegung als Ganzes. Parlamentarische Arbeit von Sozialisten konnte für ihn nur Ausdruck ihrer außerparlamentarischen Tätigkeit in Verbindung mit der Mobilisierung der Bevölkerung sein. »Die Aufgabe der parlamentarischen Beteiligung, des parlamentarischen Kampfes der Arbeiterbewegung kann nur dann sinnvoll gelöst werden, wenn immer die Tätigkeit in den Parlamenten ein Mittel zur Aktivierung der Tätigkeit außerhalb der Parlamente bleibt und mit dem außerparlamentarischen Kampf verbunden bleibt. Sozialistische Parlamentsfraktionen haben nicht soviel Machtanteil im Parlament, wie sie Mitglieder haben, sondern soviel, wie der Aktionswille und die Aktionsbereitschaft der Arbeiterklasse ihnen verleiht, deren Steigerung sie dienen.«⁴¹ Sozialistische Parteien verstand Abendroth als Repräsentanten der Unterklassen und soziale Bewegungen, die in die bürgerliche Institutionenwelt hineinragen.⁴²

Im Unterschied zur Transformationsstrategie der antiautoritären Linken, die zuerst die bestehende Gesellschaft auflösen wollte, sah er keine Alternative in der Integration der unterprivilegierten Klassen, die mit der Erkämpfung demokratischer und sozialer Teilhaberechte die Gesellschaft gleichzeitig umwandelt. Revolution und Reform stehen damit in einem dialektischen Verhältnis, wie auch parlamentarische und außerparlamentarische Akteure aufeinander verwiesen bleiben.

Die antiautoritäre Studentenbewegung, die durchaus begründbar ebenso dem bürgerlich-kapitalistischen Staat skeptisch gegenüberstand wie den Bürokratien der klassischen Arbeiterbewegung, warnte er jedoch davor, ihre ersten Erfolge zu überschätzen, denn damit hätten sie die Arbeiterschaft noch nicht mobilisieren können.⁴³ Dabei registrierte Abendroth durchaus die Wirksamkeit der direkten politischen Aktionsformen der Studentenbewegung. Ihre Aktionen sollten aber seiner Meinung nach immer wieder daraufhin geprüft werden, ob damit Bündnispartner und vor allem die Arbeiterbewegung abgeschreckt würden oder nicht.

Schließlich scheiterte das Sozialistische Zentrum an der historischen Schwelle von 1968. Auch weil die Eigendynamik der antiau-

39 Vgl. ebenda, S. 7.

40 Ebenda, S. 9.

41 IISG, Nachlass Abendroth, Nr. 61, Brief an R. Böhme vom 13. 10. 1959.

42 Vgl. IISG, Nachlass Abendroth, Nr. 393, Vorlesung Sommersemester 1969: Die Außerparlamentarische Opposition (APO) und ihre Bündnispolitik. Protokoll von Kolloquium und Vorlesung (6. Mai bis 20. Juni 1969).

43 Ebenda, S. 13.

»Das Denken von Karl Marx und Friedrich Engels – als geistige Einheit aus der Auflösung des Hegel'schen Systems entstanden – bietet als umfassende Theorie der Gesellschaft und der Geschichte gleichzeitig eine umfassende Theorie der Politik. Sie ist vor allem dadurch von den übrigen Systemen politischer Theorie unterschieden, daß sie die dialektische Einheit von Theorie und Praxis von vornherein herstellt.«

Wolfgang Abendroth:
Das Problem der Beziehungen, a. a. O., S. 364.

toritären Revolte die linkssozialistische Neue Linke völlig unvorbereitet traf. Auf die Fragen nach dem »Subjektiven Faktor« war man kaum vorbereitet; sehr unterschiedliche soziokulturelle Sozialisationen mit spezifischen Fragen und Bedürfnissen trafen aufeinander. Ebenso scheiterte das Zentrum an der Zustimmung der illegalen KPD zum Einmarsch der Warschauer Pakt Staaten in die ČSSR 1968 und der Gründung der DKP, weil damit Kommunisten als Bündnispartner des Zentrums ausschieden; die verbliebenen undogmatischen Gruppen arbeiteten später im Sozialistischen Büro Offenbach zusammen.

Von hier aus werden Elemente sozialistischer Politik im 21. Jahrhundert ebenso erkennbar, wie auch die Rolle von Organisationen und Parteien. Der besondere Beitrag von Linkssozialisten wie Abendroth ist die ständige Verbindung von wissenschaftlicher Diskussion, langfristiger Perspektive und praktischer Politik. Dies wird mit einem allgemeinen Lernprozess verbunden, der den Akzent auf die Selbstbestimmung der Subjekte setzt. Dazu müssen für Abendroth immer wieder die Tendenzen zum bürokratischen Autoritarismus überwunden werden.

Die ebenso notwendige Dimension der Kultur und des subjektiven Faktors, die neben der antiautoritären Linken beispielsweise von Herbert Marcuse, Ernst Bloch oder Leo Kofler thematisiert wurden, blendete Abendroth nicht aus, aber sie waren nicht sein Thema. Das zeigt auch nur, dass jeder Neubeginn auch die historische Analyse der Geschichte der ganzen Linken mit ihren Stärken, Wechselwirkungen und Irrtümern notwendig macht.

Im Unterschied zur linkssozialistischen Strömung der 1950er und 1960er Jahre würde man heute eine sozialistische Partei natürlich weniger mit einer Arbeiterbewegung assoziieren, die überwiegend mit männlichen Industriearbeitern identifiziert wird. Auch Pluralität und Bündnischarakter der verschiedenen linken Strömungen erfährt heute eine stärkere Betonung. In Abendroths Überlegungen, der immer für einen polyzentrischen Marxismus eintrat, finden sich hierzu bereits Ansätze. Jede Aktualisierung muss allerdings auch die Zuspitzungen in Rechnung stellen, die verständlich werden, wenn man zum Beispiel berücksichtigt, worauf die Linkssozialisten in den 1950er und 1960er Jahren antworteten: auf die Ausblendung der faschistischen Vergangenheit, auf die Proklamation der Klassenlosigkeit und eines grundsätzlichen Wandels mit dem fordistisch-keynesianistischen Gesellschaftstypus, auf den atomaren Rüstungskapitalismus, den allgegenwärtige Positivismus, den Stalinismus und auf die antiautoritäre Bewegung. Im Zeitalter des globalen High-Tech-Kapitalismus, in dem auch die Klassenstrukturen der Gesellschaft wieder deutlicher werden, wird so auch das Erbe der undogmatischen sozialistischen Linken der 1950er Jahre wieder interessant, um aus der Zusammenschau der Geschichte der Linken neue Perspektiven zu gewinnen.